

053/2006

Stuttgart, den 09.02.2006

Schwarz-Rot-Stift im Nahverkehr

Boris Palmer: Landesregierung versucht Kürzungspläne bis zur Wahl geheim zu halten

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer hat der Landesregierung versuchte Wählertäuschung vorgeworfen: „Nach außen behauptet die Landesregierung, in Berlin seien noch keine Kürzungen der Mittel für den Nahverkehr beschlossen, intern führt sie schon den Schwarz-Rot-Stift beim Angebot von Bus und Bahn.“

Die Grünen im Landtag haben wiederholt darauf hingewiesen, dass dem Land Bundeszuschüsse in Höhe von 120 Millionen Euro verloren gehen werden, wenn der Berliner Koalitionsvertrag umgesetzt wird. Palmer: „Schwarz-Rot will schon dieses Jahr eine Milliarde zusätzlich für den Straßenverkehr ausgeben und denselben Betrag verzögert bei Bus und Bahn einsparen. Das ist Klimazerstörungspolitik.“

Der von der Stuttgarter Zeitung zitierte Brief von Innenminister Rech an Ministerpräsident Oettinger bestätige die Befürchtungen der Grünen. Palmer: „Wenn die Kürzungen kommen, dann werden Streckenstilllegungen und massive Zugstreichungen die Folge sein.“

Palmer warf den Koalitionsfraktionen im Land vor, in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses einen Antrag der Grünen abgelehnt zu haben, der die Landesregierung aufgefordert hatte, die Kürzungspläne des Bundes zu verhindern. Palmer: „Die Länder müssen den Kürzungen im Bundesrat zustimmen. Wir wollten die Landesregierung durch Landtagsbeschluss verpflichten, die Pläne der großen Koalition abzulehnen. CDU und FDP haben das mit dem Argument verhindert, die Kürzungen kämen sowieso. Schwarz-Rot in Berlin legt die Axt an den öffentlichen Nahverkehr und Schwarz-Gelb im Land macht mit.“

Die Landespolitik verschärft nach Palmers Auffassung die Pläne der großen Koalition noch zusätzlich: „Der Rückgabepreis ist in vielen Fällen niedriger als der bisher gezahlte Zuschuss. In der Praxis heißt das: Streicht das Land einen Zug, bekommt die DB oft Geld dafür, dass dieser nicht mehr fährt.“

Palmer verlangt von der Landesregierung, dass sie nun die Karten auf den Tisch legt. In einer bereits am 31. Januar eingereichten parlamentarischen Anfrage (DRS 13/5102) fragt er nach den Vorbereitungen für Streichungen im öffentlichen Nahverkehr. Palmer: „Die Landesregierung muss sich entscheiden: Entweder sie legt ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat eindeutig gegen den Koalitionsvertrag fest oder sie erklärt, wie sie die Kürzungen umsetzen will. Die dicke Rechnung erst nach der Wahl zu präsentieren wäre Wählertäuschung.“